

Nur FDP störte die Besinnlichkeit

Altenkirchen Liberale lehnten Haushalt ab / Landrat warb für Chancengleichheit der Regionen



EINE DER KREISSTRASSEN, DIE 2018 AUSGEBAUT WIRD, IST DIE ORTSDURCHFART LOCHERHOF. ARCHIVFOTO: THOR

**Das Minus im Etat war nicht der Grund, sondern die
Westerwaldbahn.**

thor ■ Tobias Gerhardus (CDU) wollte ein moderates Lob loswerden, als er von „solide“ sprach, während Andreas Hundhausen (SPD) ganz nüchtern den Begriff „unspektakulär“ wählte. Und irgendwie schon in Weihnachtsstimmung war Gerd Dittmann (Grüne), der das alles „entspannend und besinnlich“ fand. So oder so: Einen Haushalt des Kreises zu beschreiben, ist grundsätzlich keine leichte Aufgabe, wenn seit Jahren die gleichen Rahmenbedingungen herrschen und Veränderungen auf einem Bierdeckel festgehalten werden könnten. Da stellt der Etat für 2018, der gestern vom Kreistag verabschiedet wurde, keine Ausnahme dar. Allerdings: Mit der Dittmann'schen Besinnlichkeit konnte allein die FDP nichts anfangen. Udo Piske lehnt im Namen seiner Fraktion den Haushalt ab, zu groß ist der Ärger der Liberalen über die Westerwaldbahn bzw. die neue Busgesellschaft.

Wie bereits von der SZ berichtet, überschreitet der Haushalt im Ergebnisplan erstmals die 200-Mill.-Euro-Marke. Dort klafft ein Defizit von 1,37 Mill. Euro, „nur“ sollte man hinzufügen, war das Minus in den Vorjahren doch erheblich größer. Da aber wieder Dividenden aus dem Besitz der RWE-Aktien in die Kreiskasse fließen und zudem 4,4 Mill. Euro zusätzlich an Umlagen eingenommen werden, könnte es sogar sein, dass im laufenden Haushaltsjahr doch noch ein Ausgleich geschafft wird. Das ist jedenfalls nicht nur die Hoffnung von Landrat Michael Lieber.

Der Verwaltungschef ging gestern gar nicht erst auf einzelne Zahlen ein, sondern nahm das große Ganze in den Blick. So zitierte er zwei Paragraphen des Grundgesetzes, in denen die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland festgeschrieben ist. Daher verdeutlichte Lieber am Beispiel des Etats, mit welcher Infrastruktur man für diese Gleichheit arbeite. Als erstes nannte er die Kreisstraßen, für deren Ausbau das Land allen Kreisen 60 Mill. Euro zur Verfügung stelle. Zusammen mit eigenen Mitteln investiere man 2018 über 4 Mill. Euro – doch schon bei drei Projekten im Unterkreis „ist die Hälfte weg“. Trotzdem habe man zehn Maßnahmen geplant. Des Landrats Forderung: Das Land müsse seine Zuschüsse signifikant erhöhen – auf 80 Mill. Euro.

Neben den Kreisstraßen investiere man auch in den ÖPNV, denn auch Mobilität sei wichtig für die Gleichwertigkeit. Dank der Linienbündel würden auch kleinere Dörfer angebunden bleiben, selbst in den Ferien, so Lieber. Als weitere Kriterien der kommunalen Daseinsvorsorge listete er den laufenden DSL-Ausbau, die Gesundheitsversorgung (man brauche mehr Medizin-Studenten aus dem Kreis mit Bindung zur Region), eine gute Bildung und die soziale Infrastruktur auf.

CDU-Fraktionschef Tobias Gerhardus konnte in vielen Punkten dem Landrat zustimmen. Was den Haushalt angehe, so bestehe dieser zu 99 Prozent aus Pflichtausgaben; „Die Zahlen sind ein Stück weit zementiert.“ Was Sorgen bereiten müsse, sei die Tatsache, dass trotz sprudelnder Steuern und niedriger Zinsen kein Ausgleich möglich sei. Die Dividende und die Umlagen sind für Gerhardus eher Einmaleffekte, sei doch auch die Gewerbesteuer nur eine Momentaufnahme. In diesem Zusammenhang erinnerte der Christdemokrat daran, dass das Land bei der Erstattung der millionenschweren Personalkosten in den Kitas einige Jahre in Verzug sei. Hier müsse es – außerhalb des normalen Finanzausgleichs – eine deutlich höhere Quote geben.

Für die SPD-Fraktion ging deren Vorsitzender Andreas Hundhausen zunächst auf die von Lieber angesprochene Gesundheitsversorgung ein. Mehr als das Land müsse man bei den Medizinstudenten die Kassenärztliche Vereinigung in die Pflicht nehmen. 70 Prozent der Absolventen seien Frauen: „Die haben auch eine andere Vorstellung von Arbeit, den klassischen Landarzt mit einem Zwölf-Stunden-Tag wird es nicht mehr geben.“ Der neue Haushalt ist für Hundhausen durch relativ viele Unwägbarkeiten geprägt, positiv sei der Ausbau des ÖPNV-Angebots. Und natürlich wäre eine Senkung der Kreisumlage aus Sicht der Kommunen wünschenswert: „Das ist aber momentan nicht darstellbar“, so der SPD-Sprecher.

Genau das aber forderte FWG-Kollege Hubert Wagner – und zwar um einen Prozentpunkt. Allerdings stimmten diesem Antrag nur die vier Freien Wähler selbst zu. Eine Senkung wäre laut Wagner ein „Zeichen an die kommunale Familie“ gewesen. Denn für ihn habe der Haushalt eine Tendenz, „die hoffen lässt“. Bei den Kreisstraßen müsse gleichwohl viel mehr passieren. Der eigentliche Skandal, so der FWG-Mann, seien die beschränkten Ressourcen beim LBM. Auch die Unterdeckung bei den Kita-Kosten prangerte er an, zeige sich da doch das gesamte Dilemma der Kommunen.

Als gescheitert bezeichnete Gerd Dittmann das Geschäftsmodell mit den RWE-Aktien. Hier sollte der Kreis nach Meinung des Grünen einmal auf die Suche nach Alternativen gehen. Die Investitionen in einen eng gestrickten ÖPNV wurden von ihm ausdrücklich begrüßt. Ähnlich Fortschritte würde Dittmann gerne beim Siegtal-Radweg sehen: Da seien die Laufzeiten für Planungen einfach nur noch erschreckend.

Wer Aufgaben an den Kreis delegiere, der müsse auch für die entsprechende finanzielle Ausstattung sorgen, haderte Udo Quarz von der Linkspartei mit der gängigen Praxis durch Bund und Land. So liege das Defizit des Kreises nicht in dessen Verantwortung. Ohne eine tiefgreifende Reform der Kommunal Finanzen werde es auch nicht besser, meinte Quarz. Mit der Kreisumlage könne seine Fraktion gerade so noch leben, das Ende der Fahnenstange sei aber erreicht, tendenziell eher eine Senkung anzustreben.

Reichlich überrascht „über die Souveränität meiner Vorredner“ war zuvor Udo Piske ans Pult getreten. Er ärgerte sich über die jüngsten Veröffentlichungen zur Westerwaldbahn und der Holzbachtalstrecke. Neueste Informationen vom Tag bereiteten ihm erneut große Bauschmerzen – allerdings beließ es Piske bei Andeutungen. „Ich habe aber auch größte Bedenken, dass das mit der Busgesellschaft gut geht.“ So sprach Piske von 57 neuen Bussen. „Mir fehlt die Kontrolle“, sagte der FDP-Mann. Daher werde man den Haushalt ablehnen: „Wir haben kein anderes Instrument, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen.“

So wurde der Haushalt gegen die Stimmen von Piske und Dr. Axel Bittersohl angenommen. Auch die FWG hob geschlossen die Arme, trotz gescheitertem Antrag zur Umlagensenkung.

